

behandlungen, gab er etwa am 18. d. sein Enthebungsgesuch an Se. Maj. den König ein."

München, 31. Oct. [Professor Friedrich und der Erzbischof von München-Freising.] Der Professor Dr. Friedrich, welcher am 18. April 1871 vom Erzbischof von München wegen materieller und formeller Häresie mit der größeren Excommunication belegt und jüngst in dessen Pastoralblatt neben Döllinger und Neinkens des Eidbruches beschuldigt wurde, erläßt in der neuesten Nummer des „Deutschen Merkur“, Organ der Alt-katholiken, einen offenen Brief an den Erzbischof, in welchem er ausführt, daß die Frage des Eidbruches schon im Jahre 1870 zwischen ihm und dem Erzbischof behandelt worden sei, denn damals schon habe er, Friedrich, das Bedenken geltend gemacht, daß er durch Anerkennung der Infallibilität nicht nur den kirchlichen, sondern auch den Eid auf die Staatsverfassung brechen müßte. Durch den ersten habe er nämlich geschworen, die h. Schrift nur nach der einstimmigen Uebereinstimmung der Väter annehmen und interpretieren zu wollen; doch sei es unmöglich, diese Uebereinstimmung in Bezug auf die für die päpstliche Unfehlbarkeit angezogenen Bibelstellen zu finden; im Gegentheil, die Bischöfe der Minorität hätten den Beweis geführt, daß die Uebereinstimmung der Väter mit der neuesten Auffassung dieser Stellen in offenem Widerspruch stehe. Auf seine, Friedrichs, Bitte, ihm doch Mittel und Wege angeben zu wollen, wie über die beiden schweren Bedenken hinwegzukommen sei, ohne zweit Eide zu verlegen, habe das Ordinariat einfach geantwortet, daß die Furcht, durch Anerkennung des vaticaniischen Concils und seiner Beschlüsse in Conflict mit dem Eid auf die Staatsverfassung und der professio fidei Tridentina zu gerathen, gänzlich unbegründet sei. Durch diese Antwort habe der Erzbischof der ihm obliegenden Pflicht der Belehrung sich entschlagen und die Folge sei gewesen, daß er, Dr. Friedrich, diese Furcht vor einem Eidbruch nicht zerstreuen, das vaticaniische Concil als ein ökumenisches nicht betrachten konnte und deswegen eines singirten Verbrechens der Häresie schuldig gesprochen und excommunicirt worden sei. Dies sei der frühere Thatbestand. Die 1870 verweigerte Belehrung scheine der Erzbischof nunmehr nachholen zu wollen, indem er in seinem Pastoralblatt schreiben läßt, daß Dr. Friedrich trotz seines feierlichen Schwures des Gehorsams gegen den Papst sich aufstelle. Richtig sei, daß er, Dr. Friedrich, dem Papst, dem Nachfolger des Apostels Petrus, wahren Gehorsam gelobt; aber widerstreichen könne man nicht, daß vor 1870 Niemand einem unfehlbaren, sondern nur einem fehlbaren Papste Gehorsam geleistet habe und daß dieser Gehorsam als nur so weit gehend betrachtet werden, als ihn ein fehlbarer Vorgesetzter fordern könne. Wäre dies nicht der wahre Sinn der Worte, so hätte der Erzbischof von München im Concil keine Opposition gegen die Unfehlbarkeit machen und ihn, den Dr. Friedrich, nicht verlassen können, auch den Cardinal Hohenlohe zu bestimmen, an der Opposition sich zu beteiligen. Er, Dr. Friedrich, mache in seiner jetzigen Stellung und von seinem, auch von Bellarmin anerkanntem Christenrechte Gebrauch, daß „es erlaubt sei, dem Pupste zu widersprechen, wenn er die Seele gefährdet oder den Staat verwirrt, noch mehr aber, wenn er die Kirche zu verwüsten bestrebt ist — und zwar ist es erlaubt, ihm zu widerstehen, indem man thut, was er befürchtet oder verhindert, daß er seinen Willen ausführe.“ Zu einer solchen elementaren Unterscheidung könnten sich freilich die unter des Erzbischofs Autorität im Pastoralblatt ihre Weisheit enthaltenden Männer nicht erheben, da könne der Papst nichts mehr thun, was unerlaubt wäre. Das Wahre sei demnach: er, Dr. Friedrich, werde auf jede mögliche Weise verfolgt, nicht weil er seinen Eid gebrochen, sondern weil er durch Nichts zu einem Eidbruch sich habe verleiten lassen. Das Mittel ihn zu überwinden, sei nur, daß man auf Seite der Anhänger der Unfehlbarkeitslehre wieder anfange, für die kirchliche Wahrheit Zeugnis zu geben.

Straßburg, 1. Nov. [Deputation an den Kaiser.] Aus elässischen Kreisen verlautet noch immer von dem Plane, eine aus „Notabeln“ aller Landesteile zusammengesetzte Deputation an den Kaiser zu entsenden, um diesem Vorstellungen bezüglich der „Gefahren“ zu machen, von denen sich „das Land“ durch die beabsichtigte Errichtung eines selbstständigen Reichsstaates für Elsaß-Lothringen in Berlin bedroht glaube.

Schweiz.

Bern, 28. Oct. [Zu den Tessiner Handeln.] Die von den ultramontanen Tessiner Grossräthsmitgliedern Respini und Pedrazzini verschiedenen schweizer Blättern gemachte telegraphische Mitteilung, die Liberalen seien die ersten Urheber der Mordscene von Stabio, wird heut vom Oberst Mola, dem Commandanten des vom Staatsrat aufgebotenen Militärs, und dem ehemaligen Ständerath Mordasini entschieden dementirt, ebenfalls auf telegraphischem Wege. Von den in Stabio verwundeten Liberalen ist seither noch einer gestorben, so daß man jetzt vier Tote zählt. Tessere ist von dem von der Regierung ausgebotenen Militär besetzt und den dort angesammelten Ultramontanen sind die Waffen abgenommen worden, während in Folge Regierungsbefehls die liberalen Freiwilligen von Lugano die ihnen anvertrauten Waffen ebenfalls in der dortigen Caserne wieder abgegeben haben. Der eidgenössische Commissar Bavier hat sich von Lugano nach Locarno begeben. In vorgestriger Nacht sollen neuerdings einige Ruhestörungen vorgekommen sein, welche indessen angeblich von keiner großen Bedeutung gewesen seien.

[Zu dem dieser Tage in Bern eröffneten Congresse der Internationale] hatten sich Delegirte aus Italien, Spanien, Frankreich, Belgien und Holland eingefunden. England und Amerika, „schreibt man der Magdeburgs. Zeit.“, waren nicht vertreten. Die meisten der anwesenden „Genossen“ (so reden sich die Internationales an) gehörten der Jurassischen Föderation an. Von schweizerischen Sectionen waren etwa zehn vertreten. Aus den Verhandlungen wollen wir, soweit es uns bekannt, einige Mitteilungen machen, bezüglich Ergänzungen und Nachträge einem späteren Briefe vorbehaltend.

Eine lange Discussion entwidete sich u. A. über die Frage der Beziehungen zwischen den Individuen und den Gruppen in der reorganisierten Gesellschaft. Es wurde zunächst eine Definition des Wortes „Staat“ zu geben versucht. Danach schien der „Staat“ bei den Herren Internationales in gar üblem Gerüche zu stehen. Der Staat sei nämlich die „politische Organisation einer herrschenden Klasse“, demalen der „bürgerlichen“. Selbst der „Vollstaat“ findet keine Gnade vor diesen Leuten, denn er sei eben so wie die Föderation der Gemeinden, nur ein „Abfall des Bürgerstaates“. Man soll den durch seine Bedürfnisse getriebenen Menschen sich mit den Menschen frei vereinigen lassen; dadurch entstehe auf dem allgemeinen Boden einerseits die Gewerkschaft, ein Organ der Production, andererseits eine Föderation von Gemeinden als Organ der Consumtion. Das Hauptmerkmal sei zu richten auf die Errichtung der „Freiheit der Zugestellung für die Gruppe wie für den Menschen“. Es muß übrigens constatirt werden, daß dem gegenüber der Staat von anderer Seite in Schutz genommen wurde.

Die Frage der „revolutionären Solidarität“ veranlaßte ebenfalls eine längere Discussion. Es handelte sich dabei hauptsächlich darum, für die spanische Revolution Propaganda zu machen. Einer der spanischen „Genossen“ sagte, es handle sich um eine „praktische Sache“ und diese bestiehe darin, daß man „der Regierung Stöcke zwischen die Räder werfe, der Art, daß diese verhinderte Regierung das in Revolution begriffene Land nicht angreifen könne“.

Auch über den orientalischen Krieg und die Stellung der Internationale zu demselben wurde viel gesprochen. Es wurde die Meinung betont, daß die Socialisten sich von all und jeder Theilnahme an diesem Kriege fern halten sollten. „Die Socialisten“, so sagte der Berichterstatter, „verweigern die Uebernahme irgend welcher Rolle, sie sehen alle, welche leiden,

als Brüder an und sie betrachten mit gleicher Verachtung die russische wie die türkische Regierung. Die Socialisten sind keine Grenzüberschreiter, sie sind Arbeiter. Darum lassen sie auch ihren Ruf an alle Arbeiter ertönen ohne Unterscheidung von Grenzen.“

Frankreich.

Paris, 30. Oct. [Die Kammern und die Regierung. — Schreiben des Erzbischofs von Paris an den Justizminister. — Zur Theilung des Erzbistums Lyon. — Zur orientalischen Frage.] Die Kammern sind heute wieder zusammengetreten. Über die Stimmung und die Absichten der Mehrheit geben die gestern stattgehabten Versammlungen der Linken und der äußersten Linken einige Andeutungen. Die Linke berichtet unter dem Vorsitz Alb. Grévy's. Der Präsident gab einen Überblick über die politische Situation. Was die äußere Lage angeht, so erklärte er unter dem allgemeinsten Beifall, daß Frankreich und seine Vertreter entschieden die Erhaltung des Friedens verlangen. In Betreff der inneren Politik lobte er zunächst die durchaus republikanische Haltung de Marce's und sprach dann von der Notwendigkeit, den Gatinneau'schen Antrag beufhs Einstellung der Processe vor den Kriegsgerichten schleunig zu erledigen. Hieran knüpft sich eine längere Discussion und man beschloß, sich über die genauen Punkte mit den Bureaux der anderen republikanischen Fraktionen zu verständigen. Die Vorstände sämtlicher Gruppen der Linken sollen sich zum Duc Decazes begeben und ihn erfuchen, auf der Tribüne sich über seine Politik auszusprechen und die Neutralität Frankreichs zu betonen, des Weiteren solle der Vorstand der Linken mit den Bureaux der anderen Fraktionen sich dahin einigen, die Dringlichkeitserklärung für den Gatinneau'schen Antrag zu verlangen. In der Versammlung der äußersten Linken, unter Lepères Vorsitz wurden ungefähr dieselben Beschlüsse gefaßt. Gambetta sprach sich dagegen aus, daß man in der Kammer eine Interpellation an den Duc Decazes richte, es genüge, ihn vertraulich zu einer öffentlichen Erklärung aufzufordern. In beiden Fraktionen wurde überdies die Haltung gewisser Beamten, namentlich der Finanzbeamten in den Departements der Republik gegenüber, getadelt. Die Vorstände haben den Auftrag, der ihnen geworden, bereits heute Nachmittag ausgeführt. Die drei Präsidenten der Linken, Alb. Grévy, Lepère und Germain (vom linken Centrum) begaben sich zu Decazes und Dufaure. Letzterer erwiederte auf ihre Bemerkungen, daß die Regierung nichts gegen die dringliche Beratung des Gatinneau'schen Antrags einzuhenden habe, daß er sich aber vorbehalte, eine teilweise Aenderung desselben zu beantragen. Er sehe keinen Grund, fügte er hinzu, warum der Duc Decazes nicht die gewünschte Erklärung auf der Tribüne geben sollte. Was der Minister des Außen in dem Präsidenten geantwortet hat, wird noch nicht gesagt, doch ist eine Weigerung seinerseits nach dem Vorstehenden nicht zu erwarten. Bisher ist also das Verhältniß zwischen dem Ministerium und der Mehrheit, wie sich das erwarten ließ, ein gutes. Auch die äußerste Linke des Senats ist heute unter dem Vorsitz B. Hugo's übereingekommen, keinerlei Interpellation an das Ministerium zu richten. Natürlich boten die Sitzungen der Kammern heute kein großes Interesse. Obgleich die eigenlichen Verhandlungen erst nach den Feiertagen, also am nächsten Freitag beginnen werden, waren die meisten Deputirten bereits eingetroffen. Im Senat bemerkte man die Abwesenheit mehrerer Mitglieder der Linken, welche durch Krankheit fern gehalten werden, so Edm. Adam's und Cremieux. Die obere Kammer, die vorerst nichts auf ihre Tagesordnung zu setzen hat, wird erst nächsten Montag wieder zusammen treten. Man unterhielt sich heute in den Couloirs besonders von der Wahl zweier lebenslänglicher Senatoren. Die Linke will für den General Borel und Claude Bernard stimmen, die Rechte würde allenfalls den General Borel annehmen, aber zugleich will sie für Chésnelong stimmen; das rechte Centrum dagegen möchte Chésnelong durch den General Chabaud-Latour ersetzen. — Der Pariser Erzbischof, Msgr. Guibert hat einen dritten Brief an den Justizminister gerichtet, worin er unter Anderem behauptet, daß die Kirche mit Unrecht beschuldigt werde, sich Uebergriffe in die Rechte der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates zu erlauben. Gerade zur nämlichen Zeit erstatteten die „Débats“ Bericht über eine Annahme des Vaticans, welche von der französischen Regierung zurückgewiesen werden mußte. Es handelt sich dabei um das Erzbistum von Lyon. Seit Langem schon hat man von einer Theilung dieser Diözese und von der Errichtung eines Bistums St. Etienne gesprochen. Als der letzte Erzbischof von Lyon, Ginoulhac, das Zeitliche segnete, wollte der heilige Stuhl diese Gelegenheit benutzen, um die erwähnte Theilung vorzunehmen. Die französische Regierung ging aber darauf nicht ein, und sie ernannte Herrn Caverot zum Erzbischof von Lyon (am 26. April d. J.), indem sie also den bisherigen Umfang der Diözese fortsetzen ließ. Der Papst fügte sich nur halb: Nicht nur zögerte er mehrere Monate, ehe er die Bulle erließ, welche Herrn Caverot in seiner neuen Würde bestätigte, sondern er machte noch in dieser Bulle den Vorbehalt, daß es dem apostolischen Stuhle jederzeit freibleiben werde, eine neue Eintheilung der Diözese Lyon vorzunehmen. Nun sagt aber ein Artikel des Concordats (Art. 2) ausdrücklich, daß der h. Stuhl nur mit Bewilligung der französischen Regierung eine neue Eintheilung der Diözesen vernehmen kann. Auf ein anderes Gesetz (vom 18. Germinal des Jahres X.) fußend, hat jetzt die Regierung die Veröffentlichung der genannten Bulle oder vielmehr eines Theils derselben untersagt. Jener Vorbehalt des Papstes wird nicht in das Register des Staatsrates eingetragen werden: „Wir können, sagen die „Débats“, die Regierung nicht genug zu ihrem klugen und festen Benehmen beglückwünschen.“ — Die „France“ meldet heute, daß der von Berlin hier erwartete Gesandtschaft-Secretair de Sayves die beurholtendsten Mitteilungen über die zwischen de Gontaut-Biron und Herrn von Bülow in der letzten Zeit gepflogenen Gespräche überbringe. Herr von Bülow habe den französischen Botschafter zu der Haltung Frankreichs in der orientalischen Krise beglückwünscht und ihm die friedlichen Absichten des deutschen Kanzlers neuerdings bestätigt. Wenn Frankreich in der Neutralitätsfrage mit Deutschland zusammengehe, würde das Einverständnis dieser beiden Mächte den europäischen Frieden retten.

Paris, 31. Oct. [Die Gründung der Kammern. — Zur äußeren Politik Frankreichs. — Die deutsche Thronrede.] Die Session ist eröffnet, aber die Kammer wird erst am Freitag, der Senat am Montag in Thätigkeit treten. Die gestrige Amtstättigung des Senats dauerte nur 20 Minuten. Die langweilige Operation der Auslosung in die verschiedenen Abtheilungen, die bisher mehrere Stunden in Anspruch nahm, ist mit Hilfe eines vom Senator Lamister erfundenen sinnreichen Apparats vereinfacht worden. Der Apparat besteht aus einer Kupfer-Urne und einer Holzsäckel. Die Urne enthält so viel Kugeln als der Senat Mitglieder zählt, und auf jeder Kugel ist der Name eines Senators eingeschrieben. Der Präsident schüttet die Urne, wie es sich gebührt und zieht die Kugeln langsam auf die besagte Holzsäckel, deren Oberfläche, mit einem breiten Rande versehen, eine große Zahl Definissen enthält. Im Innern sortieren sich die Kugeln von selbst und die Abtheilungen sind constituiert. Die Wahl der Präsidenten und Secretäre wurde für eine spätere Sitzung aufgeschoben. Nachdem der am Schlüsse der vorigen Session gewählte Dufaure als lebenslänglicher Senator proklamirt

worden, forderte der Admiral Poitou die Versammlung auf, das auf der Tagesordnung stehende Gesetz über die Militärverwaltung bis Montag zurückzulegen, damit die Commission sich mit dem neuen Kriegsminister verständigen könne. Also geschah es und die Sitzung wurde aufgehoben. In der Kammer legte Tirard seinen Bericht über den Vertrag zwischen der Regierung und der Streichholz-Gesellschaft nieder. Cochery beantragte im Namen der Budget-Commission, die Budgets der verschiedenen Ministerien in dieser Reihenfolge zu discutiren: Marine, Ackerbau und Handel, Auswärtiges, Inneres, Algerien, öffentliche Arbeiten, Finanzen, Justiz, Cultus; hierauf das Einnahme-Budget. Die Kammer stimmte zu, die Regierung ebenfalls. Sodann erschien Lisonne auf der Tribüne. Als Berichterstatter für den Gatinneau'schen Antrag forderte er die Discussion dieses Antrags vor allem Anderen, und zwar für nächsten Freitag. Von keiner Seite wurde widersprochen und die Tagesordnung war somit geregelt. Die Deputirten erhielten gestern den Bericht Prisson's über die Wahl des Deputirten du Maine (Avignon). Er bildet ein dicker Buch und enthält höchst erbauliche Aufschlüsse über die Art, in welcher der berühmte Präfect und Poit Scipion Doucet die Wahlen im Departement Vancluse leitete. — Die „Débats“ constatiren heute noch einmal, daß, wenn in den Fragen der inneren Politik die Möglichkeit ernstlicher Zwistigkeiten im Parlament gegeben ist, die Meinung aller Parteien in Betreff der auswärtigen Politik sich durch die vollkommenen Einmündigkeit auszeichnet. Alle Blätter, welcher Partei farbe sie auch angehören, die Journale der extremen Linken bis zu denjenigen der Rechten, haben seit Beginn der Krise die Erhaltung des Friedens und die absolute Neutralität Frankreichs verlangt. „Es ist dies vielleicht das erste Mal, meinen die „Débats“, daß eine so vollkommene Disciplin in der Presse herrscht. Obgleich unsere politische Erziehung in Folge unseres Unglücks große Fortschritte gemacht hat, haben, wie man nicht leugnen kann, die Parteien noch nicht gelernt, ihre Sonderinteressen dem allgemeinen Besten unterzuordnen, so lange es sich um eine innere Angelegenheit handelt. Sobald aber die äußeren Fragen ins Spiel kommen, ist man glücklich, trotz aller Verschiedenheit der Ansichten, die Franzosen sich ohne Mühe über die Rolle, welche ihrem Lande ansteht, verständigen zu sehen. Alle wollen und verlangen den Frieden, alle sind der Meinung, daß Frankreich sich in den Conflict, welcher Europa beunruhigt, nicht einmischen dürfe. Wir sind überzeugt, daß die Harmonie, welche im Lande und in der Presse herrscht, sich ebenfalls im Parlament geltend machen wird. Die Parteien haben Gott sei Dank darauf verzichtet, eine Ministerkrise auf Grund der äußeren Politik zu veranlassen. In dem die Linke den Duc Decazes um eine Erklärung ersucht, will sie ihm im Gegentheil die Gelegenheit liefern, noch einmal die friedlichen Absichten Frankreichs zu proklamiren und seine Entschließungen durch den Beifall aller parlamentarischen Gruppen bekräftigen zu lassen.“ Es wäre klug, glauben die „Débats“, den Duc Decazes ganz nach Belieben seine Stunde wählen zu lassen. — Der durch den Telegraphen übermittelte Inhalt der deutschen Thronrede hat gestern Abend in der Boulevardbörse eine Reaction zu Gunsten der Hause veranlaßt. Die Blätter geben meist den telegraphischen Auszug der Thronrede ohne Kommentar oder begnügen sich, einstweilen ihren friedlichen Charakter hervorzuheben.

Großbritannien.

A. A. C. London, 30. October. [Die Nordpol-Expedition.] Die Admiraliät hat von Capitain Nares ein Telegramm aus Valentia erhalten, welches die am Sonnabend veröffentlichten mageren Details über die Abenteuer und Errungenchaften der engl. Nordpolexpedition eingemessen ergänzt. Es heißt darin u. A.: „Der „Alert“ erreichte die Grenze der Schiffahrt an dem südlichen Gestade des undurchdringlichen Polarmoores und überwinterte auf der Höhe der östlichen Küste im 82° 27' nördl. Breite. Von Cap Sabine bis nach dem äußersten Norden des Robeson-Canals hatten wir beständig mit dem Eis zu kämpfen. President-Land hat keine Existenz. Nach einer sehr mühseligen Reise waren die Schiffe außer Stande, mehr als eine Meile täglich vorzudringen, so uneben war das Eis; sie erreichten den 83° 20' nördl. Breite. Von da war der Pol noch 400 Meilen entfernt. Die „Discovery“ überwinterte im 81° 44' nördl. Breite. Die Sonne war 142 Tage abwesend. Das Land an der amerikanischen Seite des Canals wurde nach Norden bis zur Spitze des Cape Colombia im 83° 7' nördl. Breite und 70° 30' östl. Länge, und weiter bis zum 82° 10' nördl. Breite und 86° 30' östl. Länge erordert; dann läuft es fort nach Südwest erstreckend. Grönland dehnt sich bis zum 82° 54' nördlicher Breite und 48° 33' östl. Länge aus. Dann wendet es sich wahrscheinlich nach Süden zu. Lady Franklin's Sund ist eine tiefe Bay. Petermann's Bay ist durch Gletscher geschlossen. Hove's Sund bleibt unerforscht; er ist sehr schmal. Das Polarmeere ist niemals schiffbar; das gewöhnliche Eis hat eine durchschnittliche Dicke von 80 Fuß. Tierisches Leben und die nördliche Einwanderung von Vogeln nehmen südlich von Cape Colombia ein Ende. Die Spuren von Eskimos hören am Westgestade im 81° 52' nördl. Breite auf. Die Unmöglichkeit, den Nordpol zu erreichen, ist erwiesen worden. Alle benachbarten Länder wurden untersucht. Die Expedition trat die Rückreise an, nachdem sie reiche naturgeschichtliche Sammlungen angelegt und zahlreiche wissenschaftliche Beobachtungen vorgenommen. In der Nähe von Disco wurden ausgezeichnete Kohlen entdeckt. Am äußersten Norden fand man viele Fossil-Korallen. Wir erlebten das kälteste Wetter, das je registriert wurde. Dreizehn Tage hindurch war die Temperatur 59 Grad unter Null. Die niedrigste Temperatur war 104 Grad unter dem Gefrierpunkt.“ — Die „Times“ bemerkt: „Es scheint jede Ursache vorhanden zu sein für die Annahme, daß diese letzte arktische Expedition den Ruf, den sich englische Seeleute bisher in den Polarmoores erworben haben, behaupten wird, und es wird nicht das geringste ihrer Verdienste sein, wenn sie irgend welche weitere Abenteuer derselben Art unmöglich gemacht hat.“ — Die beiden Schiffe der Expedition, „Alert“ und „Discovery“, kamen im Laufe des gestrigen Tages in Queenstown an.

Weber die Lage der Dinge in der Transvaalschen Republik liegen aus der Capstadt bis zum 3. d. reichende Nachrichten vor. Die „Cape Times“ sagt: Im Transvaalschen Volksraad hat eine große Debatte über das Fehlschlagen der Expedition gegen Secocoen stattgefunden und es sind zahlreiche Zeugen bestiglich des Mißfolges derselben verhört worden. Das Verhör ging gut von Statten, bis es zu Tage kam, daß einer der hervorrangigsten unter denjenigen, welche sich weigerten Befehlen zu gehorchen, ein Mitglied der Unterprüfungs-Commission des Volksraads sei. Der Volksraad stützte demnach die Enquête und somit kam die Unterprüfung zu einem plötzlichen Ende. Wie der „Cape Argus“ meldet, werden in Transvaal Anstrengungen gemacht, die Berichte von der Ermordung von Frauen und Kindern durch die Streitkräfte der Republik Lügen zu strafen. Präsident Burgers hatte Capitain Schlichmann aufgefordert, sich gegen die wider ihn jüngst erhobenen Anklagen zu rechtfertigen und der Capitain räumte ein, daß einige Frauen aufzulagerweise erschossen worden seien. Lord Carnarvon's Deputie hatte viel Aufregung in Transvaal verursacht. Präsident Burgers hielt eine Rede in der Legislatur, um den Nachweis zu führen, daß der gegenwärtige Krieg nicht für Eroberungszwecke geführt werde. Er äußerte sich gegen jede Verbindung Süd-Afrika's unter der englischen Krone, aber man glaubt, daß die Stimmung der Republik gegen ihn ist. Der Wunsch nach einer Conföderation ist durch die Vorgänge in Verbindung mit dem Kriege lebhafter geworden. Eine Intervention der britischen Regierung wird als sehr nötig erachtet. Der „Argus“ fügt hinzu: „Wir erwarten uns nicht, jemals eine lahmre Entschuldigung als die Rede des Präsidenten Burgers zur Vertheidigung seines Krieges gegen Secocoen gelesen zu haben. Sie zeigt, daß die Republik Transvaal niemals irgend einen legitimen Anspruch auf das von Secocoen occupirte Land erhält.“ Der „Suid Afrikan“ dagegen bemerkt: „Lord Carnarvon war völlig im Unrecht, den Krieg für einen aggressiven seitens Transvaals zu halten und daß dessen Zweck eine Ausdehnung des Territoriums der Republik bildete. Der Krieg wurde der Republik, als sie darauf unvorbereitet war, durch die Gewalttate von Johannes, die derselbe auf Befehl Secocoen's im District Lydenburg ausführte, aufgedrungen.“

Provinzial-Beitung.

* Breslau, 2. Nov. [Drohendes Unglück.] Die in Dels erscheinende „Locomotive“ berichtet über einen Unfall, der den Courierzug betroffen hat, welches kürzlich der Herzog von Braunschweig auf der Bahnhofstraße unweit Breslau benutzt hat, Folgendes: Der den Zug begleitende Oberchauffeur bemerkte, daß plötzlich viel Staub vom Bahnhofsperr aufwirbelte. Als derselbe nun nach der Ursache forschte, sah er, daß der Zug in Gefahr schwiebte, auszusehen, weil am Tender der Maschine ein Reif sprungen war, welcher den Bahnhofsperr aufwühlte. Er machte augenblicklich den Zugführer auf die gefährliche Situation aufmerksam und es gelang, den Zug zum Stehen zu bringen, noch bevor die Maschine entgleist war. Bald darauf brauste auf dem Rebengeleise ein Güterzug vorbei.

[Graf Arnim-Breyenburg.] Der „Weser-Ztg.“ schreibt man aus Berlin: Se. Majestät der Kaiser und König habe das Entlassungsgesuch des Grafen von Arnim-Breyenburg als Oberpräsidenten der Provinz Schlesien nicht angenommen.

? Steinau a. d. Oder, 31. Oct. [Kreistag.] Bei dem gestrigen Kreistag wurden die von der königlichen Regierung behufs Aufnahme eines Darlehns von 90.000 Mark aus der Provinzial-Hilfskasse zur Besteitung der Kosten des Kreishausbaues verlangten Formalitäten genehmigt. Großes Interesse knüpfte sich an die Wahl eines zweiten Kreisdeputierten an Stelle des Herrn v. Schwinitz-Wandtitz. Derselbe lebt seit Kurzem als Landwirtschaftsdirektor einen großen Theil des Jahres in Liegnitz und hatte deshalb seine Entlassung als Kreisdeputierter beantragt. Seit der Einführung der neuen Kreisordnung ist der Landrat v. Liebermann stets auf seinem Platz gewesen. Der erste Kreis-Deputierte, Herr von Loeper, war daher nie in der Lage, die Vertretung des Landrahs zu übernehmen. Da nun Herr von Liebermann in seiner Eigenschaft als Deputierter im Abgeordnetenhaus den Kreis auf längere Zeit verlassen wird, hatte die Wahl des zweiten Deputierten für die Mitglieder des Kreistages ein mehr als gewöhnliches Interesse. Die Wahl schwankte zwischen dem Geheimen Regierungsrath a. D. v. Massow-Cammlin und Herrn von Engelmann-Schäfer. Bei der engeren Wahl siegte der Erstere. — Bei der Revision der Jahresrechnung zeigte sich, daß noch eine Menge energetischer Metabolismusgelder als Activa des Kreises aufgeführt werden. Um nun solche illusorische Reste aus der Rechnung herauszubekommen, beschloß der Kreistag auf Antrag des Kreisausschusses, daß denen, welche $\frac{1}{2}$ des Capitals und die Zinsen gezahlt haben oder in der Folge zahlen, der Rest des Capitals erlassen resp. niedergeschlagen werden sollte. Die übrigen Vorlagen hatten kein allgemeines Interesse.

○ Trebnitz, 1. Nov. [Verschiedenes.] In Folge Fertigstellung der Trebnitz-Obernigker Chaussee und der hierdurch herbeigeführten besseren Verbindung der beiden Orte, hat der hiesige Postenlauf mit dem heutigen Tage eine wesentliche Aenderung erfahren, indem von jetzt ab täglich zwei Personen-Posten (früh 6 Uhr 10 Min. und 12 Uhr 20 Min. Nachmittags) von hier nach Obernigk und desalb zwei Posten von dort nach hier abgefahren werden. Dagegen ist eine Personen-Post von hier nach Breslau aufgehoben und nur die, welche Nachmittags 5 Uhr 30 Min. von hier abfährt, beibehalten worden. — Am verlorenen Donnerstag fand unter dem Vorsitz des kgl. Superintendenten Stenger der diesjährige „Synodal-Content“ der Diözese Trebnitz statt, bei welcher Pastor Goldmann von hier sein Referat über die vom kgl. Consistorium gestellte Proposition: „Welche Aufgaben erwachsen dem geistlichen Amte aus der Pflicht des pastoralen Fürsorge für die confirmirte Jugend? Und wie ist namentlich unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen ein geordneter seelsorgerischer Verkehr mit den Confirmirten zu ermöglichen und für die Förderung ihres religiöss-stillischen Lebens fruchtbar zu machen?“ zum Vortrag brachte. — Nachdem hierauf noch Pastor Stephan aus Stroppen sein Correspondat zur Kenntnis der zahlreich erschienenen Amtsbrüder gebracht, erklärte sich die Versammlung nach lebhaft geführter Debatte mit den Ausführungen des Referenten z. im Allgemeinen einverstanden, gleichzeitig aber die Schwierigkeiten nicht übersehend, die sich bei Durchführung einzelner gemachter Vorschläge geltend machen würden. — Über die Wiederbefreiung der mit dem 1. komm. Ms. vacante Rectorstelle an dieser ev. Stadtschule verlautete bis dato — Richts. Eine Ausschreibung dieses Amtes Seitens des Magistrats konnte nicht erfolgen, da diese Stelle, sowie das Cantorat und erste Mädchenlehrstelle bisher direct von der königl. Regierung befreit werden. — Die Kartoffelernte in unserer Hügelgegend ist fast durchweg zur Zufriedenheit der Landwirthe ausgefallen. Befürchtet werden aber ist es, daß man so vielfach von starker Faulnis der Kartoffeln in den Schuppen und Kellerräumen hört. — Die Saaten stehen hier brillant, da die Einfaat gut bestellt werden konnte. — Raps, der vortrefflich aufgegangen, zeigt ein vorzügliches Aussehen.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 1. Nov. [Witterung. — Unglücksfall.] Nachdem vorgestern Abend zwischen 7 und 8 Uhr heftige Niederschläge erfolgt waren, zeigten sich gestern früh unsere Berge bis auf etwa 1500 Fuß oder 471 Meter Seehöhe herab mit Schneedecke. Heute früh stattete der winterliche Gesell auch den Thälern seine erste Besicht ab und machte sich in denselben ziemlich breit, wurde jedoch von den Sonnenstrahlen bald wieder verjagt und auf die Berge verwiesen. Der Barometer ist seit dem 26. October um 7 Linien, nämlich von 335 $\frac{1}{2}$, 65 bis 328 $\frac{1}{2}$, 60 gefallen, während die Durchschnittstemperatur seit dem 12. October (an welchem Tage sie + 15°, 3 betrug) bis gestern um 13, 2 Grad gesunken ist. Gestern betrug sie nur + 2°, 1. Früh 6 Uhr zeigte das Thermometer + 0°, 8 bei ziemlich heftigem Südwest und Nachmittags 2 Uhr + 3°, 4 bei West, der sich später noch mehr nach Norden wendete. Die Durchschnittstemperatur des ganzen Monats October betrug + 8°, 25, im vorigen Jahre nur + 5°, 85, mithin war der diesjährige October im Durchschnitt täglich 2° 4 wärmer als der vorjährige. Wir zählten im vergangenen Monat 14 heitere Tage, 5 Tage mit zeit- und teilweise bewölkttem Himmel, 8 trübe Tage mit ganz bedecktem Himmel und 4 Tage mit Regen, darunter 1 mit Regen und Schnee; ferner am 13. Morgen Nebel, an 2 Morgen Reif, an 1 Morgen Eis und an 1 Morgen Schnee. — Vor einigen Tagen verunglückte in der „Magdalenen-Grube“ zu Kolonie Leppelt bei Schlegel der jähige Böttcher derselben, Bergmann Spittler. Da das Geschäft nicht sonderlich ging, befürchtet er selbst die Grube. Während der Arbeit löste sich urplötzlich ein Felsstück und erdrückte den Unglücklichen.

* Paschkau, 1. Novbr. [Zu den Wahlen.] Die Erklärung für das ganz abnorme Wahlresultat in unserem Bezirk ist nicht nur in der allerdings überraschenden Indolenz der meisten Reichstreuen, sondern auch in den von der Gegenpartei „den Kämpfern für Wahrheit, Freiheit und Recht“ gewählten Mitteln zu suchen. Referent lädt zunächst eine kurze Beleuchtung des im nahen Götzs gehabten Wahlmodus folgen. Die Wähler waren mit dem nötigen Bramtwine, dessen Spender von dem in die Enge getriebenen Wirth auch namhaft gemacht worden ist, fürsorglich versessen worden; außerdem wurden die Stimmen zum großen Theile von den mit gefüllten Bramtwineflaschen bedeckten Tischen her und aus der Masse heraus abgegeben, so daß eine Constatirung der Identität der Personen unmöglich war. Die Stimmabgabe erfolgte mehrmals unter der Bezeichnung: „Der Oberamtmann aus Kosel“, ohne Nennung des Namens. Daß den Bauern der Ruin in finanzieller Hinsicht durch immer erhöhte Steuerforderungen im Falle liberalen Wahlresultats ganz allgemein in Aussicht gestellt worden, und daß die Appellation an den Geldbeutel beim deutschen Bauer eine sehr wirksame ist, darf Referent als hinlänglich bekannt voraussehen. Am bezeichnendsten ist folgender Vorfall. Ein streng katholischer, antizwischenfür die clerical Partei völlig sicher Mann wählte trotzdem liberal. Einige Tage später sprach ein hiesiger Geistlicher seine Verwunderung darüber gegen die Frau des Mannes aus und äußerte, im Falle schwerer Erkrankung könnten denselben ja nicht einmal die Sterbe-Sacramente gereicht werden. Nach dem Glauben der Leute aber fällt ein Mensch, dem die Sterbe-Sacramente verweigert werden, der Verdammnis anheim. Die Frau jedoch war zufällig nicht auf den Kopf gefallen, sondern meinte auf die Vorstellungen des Geistlichen hin, wenn ihr Mann auch liberal gewählt sei, er doch vielleicht besser als zehn Clerical. Was alles möglich ist, ist Referent erst jüngst wieder einmal klar geworden, indem derzeitig seiner Aktionsfähigkeit im liberalen Sinne wegen von einem in der ersten Steuerklasse als Wahlmann der clerical Partei aufgestellten Manne, den er persönlich nicht kennt, von dem und mit dem er sich nicht erinnert ist gesprochen zu haben, in einer jeder Beschreibung spöttischen Weise bestimmt worden ist. Das Weitere wird hoffentlich der Staatsanwalt veranlassen.

Schran DS., 31. Oct. [Die Wahlen] zum Abgeordnetenhouse sind im Pleß-Rubinser Kreise, wie vorausgesagt waren, zu Gunsten der ultramontane Partei ausgefallen. Jedoch ist auch hier zu constatiren, daß die ultramontane Partei immer mehr an Boden verliert, denn es waren die Anzahl der Stimmen, welche die liberalen Candidaten erhielten, ganz bedeutende Minoritäten. Die ultramontanen Wahlmänner ergriffen sich nahezu aus der Landbevölkerung mit ihren Geistlichen. Ergötzlich war es,

wie die liberalen Wahlmänner einem sehr bedeutenden Grundbesitzer des Pleß-Kreises, der, nachdem er schon den ersten beiden ultramontanen Candidaten, Kreisrichter Göring in Pleß und Ober-Regierungsrath a. D. Osterath, seine Stimme gegeben, auch noch für den ultramontanen Bauer Nitsche stimmte, ein donnerndes Bravo ausbrachten. Der selbe Herr trat nach Bekündigung der Wahl in das erste Gasthaus der Stadt, nahm aber sofort — eine ungünstige Aufnahme befürchtend — seinen Rückzug, als er bemerkte, daß das Gastzimmer mit liberalen Wahlmännern angefüllt war. Vielleicht hat er in einem andern mehr nach Süden gelegenen Gasthause bei seinen Parteigenossen eine bessere Aufnahme gefunden, wo noch bei manchem Seidel der Sieg der ultramontanen Seite jubelte wurde. — Der frühere Rittermeister unserer Schnadron v. Bansen von der Osten, der bei Hoch und Niedrig allgemein beliebt war, hat bei seiner Abreise nach Gleiwitz seine humane Gemünnung auch noch dadurch dokumentirt, daß er dem Magistrat ein Geschenk von 100 Mark zur Vertheilung an die hiesigen Armen überwiesen hat, wofür ihm öffentlich Dank gebührt.

Δ Leobschütz, 31. Oct. [Bahnhof. — Verurtheilung. — Kreis-tags-Ergänzungswahlen. — Schulversäumnisse.] In den letzten Tagen ist an der Ostseite des hiesigen Bahnhofsgebäudes ein hölzerner Baum aufgestellt worden, um bei Ankunft der Bahnzüge den Perron ausschließlich für das Bahnbeamtenpersonal freizuhalten. Auf diese Weise sind wir genötigt, durch das Hauptportal in das Bahnhofsgebäude einzutreten, um durch die Wartesäle auf den Perron zu gelangen; nach Ankunft der Züge kann man jedoch leichter durch die Thüren des neuen Baunes wieder verlassen. In Rücksicht auf den gesteigerten Verkehr auf unserem Bahnhof seit Eröffnung der Bahnstrecke Leobschütz-Deutsch-Rosenthal-Deutsch-Wettin verdient diese Absperrung volle Anerkennung; nur wünschten wir, daß der Perron auch an der Ostseite des Bahnhofsgebäudes, wo man jederzeit freien Zutritt zu denselben erlangen kann, ebenfalls durch einen Baum abgeschlossen werden möchte, um so die Absperrung des ganzen Perrons herbeizuführen. Zu bedauern ist, daß die Retiraden an dem Hauptausgang des Perrons angelegt sind, an deren Senkgruben die Passanten vorübergehen müssen. Dieselben liegen aus Sicherheitsgründen wohl besser hinter einer geschlossenen Umzäunung. Seit Kurzem werden aber auch im Innern des Bahnhofsgebäudes Verbesserungen ausgeführt, die uns den Aufenthalt in demselben hoffentlich in Völle bequemlicher machen werden. Vor einigen Tagen hat die landespolizeiliche Abnahme der Eisenbahnstrecke Kandrzin-Kosel-Deutsch-Rosenthal stattgefunden, deren Resultat die baldige Betriebseröffnung erwarten läßt. — Der Buchstabenhändler Karl Breitkopf von hier, welcher im Mai d. J. seinen Nachbar, Kürschnermeister Karl Puschke in einem Handgemenge mit Messerstichen derart verletzt, daß letzterer in Folgedessen nach einigen Minuten starb, war wegen vorsätzlicher Körperverletzung unter Anklage gestellt und ist am 13. d. M. von dem Schwurgericht in Ratibor wegen des ihm zu Last gelegten Verbrechens zu 4 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. — Bei den Treibtagen werden bei uns wie andernorts sehr häufig schulpflichtige Knaben als Treiber benutzt, wodurch diese, wenn die Jagd in die Unterrichtsstunden fällt, von dem Schulbesuch abgehalten werden und der Unterricht selbst nicht selten ausfallen muss, wenn der Lehrer nicht vor leeren Bänken in Thätigkeit treten will. Um derartigen Schulverlämmungen zu begegnen, hat die erste diesjährige Kreis-Schulen-Inspection in Leisnitz, wo heute eine Treibjagd abgehalten wird, Veranlassung genommen, die dortigen Lehrer anzuweisen, geeignete Maßnahmen gegen die Verwendung schulpflichtiger Kinder zu Treibern während der Unterrichtsstunden in Anwendung zu bringen, insbesondere aber unverzüglich ihr Anzeige zu erstatten, wenn gleichwohl schulpflichtige Knaben der heutigen Jagd in Leisnitz während der Unterrichtsstunden als Treiber bewohnen sollten. Ist auch die Thielnahme solcher Knaben an den Treibtagen zu der gedachten Zeit an und für sich nicht strafbar, so sind doch diejenigen, welche bei Jagden schulpflichtige Kinder während der Unterrichtsstunden als Treiber benutzen, strafrechtlich zu verfolgen und zur Verantwortung zu ziehen. (Bergl. Altb.-Cab. Ord. v. 14. Mai 1825.) Wir dürfen erwarten, daß es dem energischen Vorgehen der betreffenden Schulorgane bald gelingen wird, einen Uebelstand zu befechten, der den Schulbesuch bislang in so erheblichen Weise gefährdet hat. Bei dieser Gelegenheit wollen wir eines anderen Uebelstandes erwähnen, der nicht minder zur Störung des Schulunterrichts an einigen Orten des 2. Inspectionsbezirkes beiträgt. Während der Budenriben-ernte erscheinen nämlich seit Jahren in einigen an der österreichischen Grenze belegenen Orten des gebundenen Inspectionsbezirks österreichische Grundbesitzer mit ihren Gespannen, laden soviel Kinder als sie erlangen können auf, und fahren mit ihnen auf ihre jenseits der Grenze belegenen Felder, wo die Kinder mit Vereinigung von Rüben beschäftigt, und erst nach Beendigung der Ernte, welche gewöhnlich einige Tage währt, wieder zurückgeschafft werden. Gleich die Beerdigung schulpflichtiger Kinder während der freien Schulzeit, so läßt sich dagegen nichts einwenden; wenn aber solche Kinder dadurch von dem Unterricht abgehalten werden, was nicht selten vorkommen soll, so möchten wir Remedium erwarten, für welche gewiß recht bald höheren Orts gesorgt werden wird.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 1. Nov. Der Geschäftsverkehr der heutigen Börse bewegte sich vollständig im gestrigen Rahmen, nur daß der Verkehr noch an Regelmäßigkeit eingehüllt hatte. Mehrfach Gerüchte circulierten zwar, doch drangen sie nicht durch, da angeblich dessen, daß die im russischen Ultimatum gestellte Frist heute abläuft, die größte Reserve angezeigt erscheinen muß. Hierzu gesellte sich noch der Umstand, daß in Wien und Paris des Feiertags wegen die offizielle Börse heute ausfiel und daher von dort weder ein maßgebender Stimmenbericht, noch Arbitrage-Aufträge zu erwarten waren. Die Börsungs-Einstellungen einiger kleiner Firmen influirten um so weniger, als es sich dabei nur um mäßige Beträge handelte. Das Courseniveau erlitt nur ganz belanglose Veränderungen und auf allen Gebieten blieben die Umsätze innerhalb der allerengsten Grenzen. Von den internationalen Speculations-Papieren zogen Österreichische Creditation und Staatsbahn etwas an. Lombarden kamen dagegen niedriger zur Notiz. Österreichische Nebenbahnen waren fast ganz geschäftslos, trugen aber in Allgemeinen einen schwächeren Charakter. Galizier behaupteten sich auf leichter Notiz. Die localen Speculations-Effecten hielten sich fast unverändert auf gestrigen Course; auch hierin blieb der Umtausch sehr geringfügig. Dortmunder Union zeigte sich matt und ließ etwas im Course nach. Disconto-Commandit 110,50, ult. 110,50—110,75—110,25. Dortmund Union 7,90, Laurahütte 68,75 ult. 69—69,10—68,75. Ausländische Staats-Anleihen bezeichneten sich kaum am Verkehre. Im Großen und Ganzen unverändert, neigten sie doch mehr zur Mattheit. Österreichische Renten und 1860er Lose verhältnismäßig beachtet. Russische Werttheile hielten sich in gestrigen Niveau, dopp. Anleihen per ult. Novbr. 80%. Preuß. Fonds waren fest, aber wie die anderen deutschen Staatspapiere ganz unbelebt. Eisenbahnprioritäten zeigten sich vernachlässig, waren aber sehr fest. Auf dem Eisenbahncästchenmarkt stagnierte das Geschäft fast vollständig. Hamburger fest. Thüringer gingen rege um, Potsdamer und Halberstädter schwächer, Anhalter matt. Von leichten Bahnen sind Berlin-Dresden, Oberhessische, Nahebahn und Weimar-Geraer verhältnismäßig als lebhaft zu nennen. Bankactionen meist ohne Verkehr. Braunschweiger Bank in einem Verkehr. Berliner Handels-Gesellschaft lebhaft und in größeren Beträgen begeht. Antwerpener Centralbank schwach. Industriepapiere leblos. Landes-Brauerei anziehend. Centralstraße, Senften und Saline Salzungen fest. Große Werdebank zog etwas an. Allgemeine Bau- und Handelsbank lebhaft. Nordde. Eisenbahnb-Bedarf belebt. Wöhler Maschinenbau gesucht.

Um 2½ Uhr: Säff. Credit 234,50 Lombarden 126,50 Franzosen 434,—, Reichsbank 152,25, Disconto-Commandit 110,50, Dortmund Union 7,90, Laurahütte 68,75, Köln-Mindener 100,50, Rheinische 110,10, Bergische 77,50, Rumänen 14,40, Türken 9,25.

Braunschweig, 1. Nov. Bei der heute stattgehabten Serienziehung der Braunschweiger 20-Thalerloose sind die nachfolgenden 68 Serien gezogen worden: 65, 95, 637, 759, 874, 919, 1088, 1207, 1408, 1687, 1795, 1838, 1874, 1958, 2126, 2397, 2818, 2842, 3129, 3203, 3274, 3766, 3881, 4139, 4140, 4240, 4511, 4606, 5027, 5210, 5217, 5330, 5417, 5429, 5765, 5820, 5879, 5882, 6001, 6247, 6591, 6804, 6840, 7038, 7148, 7281, 7315, 7390, 7423, 7512, 7566, 7612, 7695, 8040, 8504, 8537, 8597, 8784, 8799, 8999, 9039, 9369, 9401, 9601, 9628, 9870, 9886 und 9966.

Gotha, 1. Nov. Bei der heute stattgehabten Serienziehung der Buna-freiter Prämiens-Anleihe wurden folgende Serien gezogen: 132, 315, 554, 578, 879, 1098, 1124, 1171, 1285, 1578, 1934, 1982, 2155, 2396, 2502, 2528, 2708, 2759, 2769, 2802, 2807, 2883, 2898, 2924, 3018, 3030, 3197, 3200, 3459, 3493, 3631, 4165, 4189, 4207, 4457, 4488, 4514, 4541, 4655, 4664, 4667, 4842, 5214, 5226, 5317, 5689, 5783, 5856, 5927, 5967, 6193, 6301, 6421, 6523, 6675, 6728, 6817, 7147 und 7302. Bei der Gewinnziehung fiel der Haupttreffer von 100,000 Frs. auf Nr. 14 der Serie 4488; 25,000 Frs. fielen auf Nr. 70 der Serie 554; 5000 Frs. fielen auf Nr. 20 der Serie 4207.

L. [Die Handelskammerwahlen und das Competenzgesetz.] Die diesjährigen auf Grund des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Febr. 1870 zu vollziehenden Neuwahlen für das auscheidende Drittel der Mitglieder der Breslauer Handelskammer finden, wie die Handelskammer bereits öffentlich bekannt gemacht, im November statt und wird die Liste der Wahlberechtigten in den Tagen vom 3. bis 14. November im Bureau der Handelskammer zur Einsicht für die Beteiligten ausliegen. Durch das Competenzgesetz vom 26. Juli 1876 sind auch hinsichtlich der Angelegenheiten der Handelskammer Veränderungen ins Leben gerufen worden, welche bei den diesjährigen Handelskammerwahlen bereits zur Geltung kommen und auf welche hinzuweisen im Interesse des Handelsstandes liegen dürfte. Nach dem § 11 des schon erwähnten Handelskammergesetzes vom 24. Febr. 1870 sind Einwendungen gegen die von der Handelskammer aufgestellte Liste der Wahlberechtigten bei der Handelskammer anzubringen und gegen deren Entscheidung innerhalb 10 Tagen Recurs bei der Regierung einzulegen, welche letztere in allen Fällen endgültig entscheidet. In diesem Beschwerdeverfahren findet auf Grund des § 147 des Competenzgesetzes von nun an die Aenderung statt, daß das Bezirksverwaltungsgericht über Klagen gegen Beschlüsse der Handelskammer beziehungsweise des Regierungspräsidenten entscheidet, durch welche Einwendungen gegen die Liste der zur Wahl der Mitglieder der Handelskammer Berechtigten zurückgewiesen sind. Das Bezirksverwaltungsgericht entscheidet ferner über Klagen gegen Beschlüsse der Handelskammer, durch welche Einsprache gegen die Wahl von Handelskammer-Mitgliedern zurückgewiesen sind. Bisher wurden auch diese Einsprache von der Regierung endgültig entschieden. Nach § 18 des Handelskammergesetzes vom 24. Febr. 1870 kann die Handelskammer ein Mitglied, welches nach ihrem Urtheile durch seine Handlungswweise die öffentliche Achtung verlor, nach Anhörung derselben durch einen mindestens mit einer Majorität von zwei Dritteln ihrer Mitglieder zu fassenden Beschuß aus ihrer Mitte entfernen. Gegen einen solchen Beschuß stand dem Beteiligten bisher der Recurs an die Regierung offen. Der § 19 des Handelskammergesetzes gestattet es, ohne eine Beschwerdeinstanz für den Beteiligten einzuführen, der Handelskammer, ebenfalls mit Zweidrittel-Majoritätsbeschuß ein Mitglied, gegen welches ein gerichtliches Strafverfahren eröffnet wird, bis nach Abschluß desselben von seinen Funktionen vorläufig zu entheben. In beiden Fällen führt das Competenzgesetz als Entscheidungsinstanz über Klagen gegen Beschlüsse der Handelskammer nach welchen ein Mitglied ausgeschlossen oder vorläufig von seinen Funktionen entfernt werden soll, das Bezirksverwaltungsgericht an. Letzteres entscheidet ferner, wie bei dieser Gelegenheit noch erwähnt sei, über Klagen gegen Beschlüsse der Handelskammer, durch welche Beschwerden über unrechtmäßige Einschätzung zu einer eingetragten Gewerbesteuer zum Zwecke der Aufbringung der etatsmäßigen Kosten der Handelskammer zurückgewiesen sind. Die etatsmäßigen Kosten der Handelskammer werden in Gemäßheit des § 21 des Handelskammergesetzes auf die sämtlichen Wahlberechtigten im Verhältniß der Gewerbesteuer vom Handel veranlagt und als Zuflug zu dieser erhoben. Die nicht zur Gewerbesteuer vom Handel veranlagten Wahlberechtigten werden von der Handelskammer alljährlich nach dem Umfang ihres vorjährigen Geschäftsbetriebes auf einen fixen Satz der Gewerbesteuer vom Handel eingeschätzt und in diesem Verhältniß zu den Kostenbeiträgen herangezogen. Besch

Berliner Börse vom 1. November 1876.

Fonds- und Geld-Course.

Wechsel-Course.	
Amsterdam 100Fl.	8 T. 3 169,10 bz
do. do.	2 M. 3 163,30 bz
London 1 Lstr.	3 M. 2 20,375 bz
Paris 100 Frs.	8 T. 3 81,35 bz
Petersburg 100SR.	3 M. 7 251,10 bz
Warschau 100SE.	8 T. 7 255,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T. 4 163 bz
do. do.	2 M. 4 162 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.	
Divid. pro 1574 1875 Zf.	1 4 18 bz
Aachen-Mastricht.	1 4 75,50 bz
Berg.-Märkische.	2 4 104 bzG
Berlin-Anhalt.	8% 2 21,10 bzB
Berlin-Dresden.	5 0 26 bzG
Berlin-Görlitz.	5 0 21,10 bzB
Berlin-Hamburg.	12% 10 fr. 78,25 bzB
Berl.-Potsd.-Magd.	1% 3 119 bz
Berl.-Stettin.	94% 5 63,70 bz
Böh.-Westbahn.	5 5 63,50 bz
Breslau-Freib.	7% 4 100,50 bzG
Cöln-Minden.	6% 4 95,50 bz
do. Lit. B.	6 0 —
Cuxhaven-Eisenb.	6 0 5,80 bzG
Dux-Bodenbach.	8% 6 84 bz
Gal. Carl-Ludw.	8% 6 7 B
Halle-Sorau-Gub.	0 0 10 bz
Hannover-Altenb.	0 0 5,50 bz
Kaschau-Oderberg.	5 5 17,50 bz
Krupp-Rudolf.	5 5 41,10 bz
Ludwigsb.-Bexb.	9 9 13,60 G
Märk.-Posener.	0 0 4,50 bz
Magdeh.-Halberst.	3 6 103,25 bzB
Magdeh.-Leipzig.	14 14 255 bzG
do. Lit. B.	4 4 97,70 bzG
Mainz-Ludw.	6 6 95,60 bz
Niederschl.-Märk.	4 4 95,50 G
Oberschl.-A.C.D.E.	10 10% 3/4 133,30 G
Rechte-O.-U.-Bahn.	6% 6 123,50 bz
Oester.-Fr. St. B.	10% 6 424,50-24 bz
Oest. Nordwestb.	5 5 193 bzG
Oest.Südb.(Lomb.)	1% 0 125-27 bz
Ostpreuss. Südb.	6 0 22 bzB
Rechte-O.-U.-Bahn.	6% 6 166,90 bz
Reichenberg-Pard.	4% 4 45,50 bzG
Rheinehalle.	8 8 110,50 bz
do. Lit. B. (4%gr).	4 4 90 bzG
Rhein-Nahe-Bahn.	0 0 8,75 bzB
Eumann. Eisenbahn.	4 2% 14,40 bz
Schweiz-Westbahn.	0 0 23 bzG
Stargard.-Posener.	4% 4 101,40 bz
Thüringer Lit. A.	4% 4 134,75 bz
Warchau-Wien.	10 7% 4 185 G

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	
Unk. Pfd. d.Pr. Hyp.-B.	101,90 bz
do. do.	99 bzG
do. do.	100,50 bzG
Deutsch. Hyp.-B.-Pfd.	95,75 bzG
do. do.	101 bzG
Kündb. Cent.-Bod.-Cr.	100,20 bz
Unkünd.	100,50 bz
do. rückzb. s. 110	105,50 G
do. do.	97,50 bz
Unk. H.d.Pfd.-Cr.-B.	—
do. III. Em. do.	102,60 bzG
Küngeb. Hyp.-Schild.	100 bz
Hyp.-Arlt.-Nord. C.-B.	101,20 bzG
do. do.	101 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe.	103 G
do. II. Em.	101 G
Goth. Präm.-Pr. I. Em.	108 bz
do. II. Em.	108 bz
do. 5% Präm.-Krbz. n. 113	101,20 bz
do. 4% do. n. 110	95,30 bz
Meininger Präm.-Pfd.	102,10 G
Oest. Silberpfandbr.	—
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	—
Pfd.b.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	—
Schles. Bodencr.-Pfd.	95,50 B
do. do.	94 G
Südd. Bod.-Crd.-Pfd.	102 G
do. do.	4% 4% 98 G
Wiener Silberpfandbr.	5% —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrenten.	
1/4%, 1/4%, 1/4%, 10%.	53,25 bzB
do. Papierrente.	50,50 bzB (1/2%, 1/4%, 1/4%, 10%)
do. 54% Präm.-Anl.	89,75 G (1/2%, 1/4%, 1/4%, 11%)
do. Lott.-Anl. v. 60	93,30 G
do. Credit-Losse.	266 B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	142,75 bz
do. do.	1860 141 bz
do. Bod.-Crd.-Pfd.	79,10 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	82 etb
Kassa.-Poln. Schatz-Obl.	78,50 bz
Poin. Pfndb. III. Em.	71 bz
Poin. Liquid.-Pfandb.	64 etb
Amerik. Rückz. p. 1881	104,70 bz
do. do.	99,70 bzB
do. 5% Anteile.	102,60 bzB
Französische Rente.	—
Ital. neue 5% Anteile.	—
Ital. Tabak.-Ölbg.	100,20 G
Kaab.-Grazer 100% Thlr.	63,20 bzB
Europäische Anteile.	85 bzG
Türkische Anteile.	94 bz
Ung. 5% St.-Kisemb.-Am.	64,50 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose.	—
Finnische 10 Thlr.-Loose.	37,30 G
Türken-Loose 25,75 bz	—

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Bank-Papiere.	
Berl.-Görlitzer.	4 5 65 B
Berliner Nordbahn.	0 0 fr. —
Breslau-Warschau.	0 5 —
Halle-Sorau-Gub.	0 5 15 bz
Hannover-Altenb.	0 0 32,50 etbzG
Kohlfurk.-Falkenb.	2% 0 37 G
Märkisch-Posener.	0 3% 66 etbz
Magdeh.-Halberst.	3% 3% 67,50 bzB
do. Lit. C.	5 5 91,95 bz
Ostpr. Südbahn.	3% 5 71,50 bzG
Pomm. Centralb.	6% 5 109,75 bz
Rheinehalle.	6% 5 60 bz
Ruman. —	2% 1% 18 zz
Saali-Bahn.	2% 3 20,10 bzG
Weimar-Gera.	5 2% 3 —

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Bank-Papiere.	
Allg. Dent. Hand.-G.	0 4 20 G
Anglo Deutsche Bk.	3 4 46 B
Berl. Kassen.-Ver.	19/4 17,4 151 G
Berl. Handels-Ges.	7 5 66 bzG
do. Prod.-u.Hds.-B.	10% 9/4 82 B
Braunschw. Bank.	7% 6% 98,90 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4 2 67,75 bzG
Bresl. Maklerbank	4 4 —
Bresl. Wechsler. B.	3% 4 72 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4% 2% 68,25 G
Danziger Priv.-Bk.	7 6 116 G
Darmat. Creditib.	10 6 102,25 bz
Darmat. Zettib.	6% 5 94 G
Deutsche Bk. K.	5 3 80,25 bz
do. Reichsbank.	4% 1/2 133,75 bz
do. Hyp.-B. Berlin.	7% 4 91,95 bz
Disc.-Comm.-Anth.	12 7 110,50-50 bz
do. ult.	12 7 118,50-50 bz
Genossensch.-Bnk.	6 5% 91 G
Gwb. Schuster u. C.	6 0 4 —
Goth. Grundcrebd.	9 8 100,75 bzG
Hamb. Vereins-B.	11/9 9/4 117,25 B
Hannov. Bank.	9/4 15/4 102,90 B
Königsl.-Ver. Bank.	5% 5% 79,90 B
Ludw.-B. Kwielecki	6% 6 62 G
Leipz. Cred.-Anst.	7 4 105,80 G
Luxemburg. Bank.	9% 6% 94 B
Magdeburger do.	5% 4 101,50 G
Moingener do.	4 3 69,00 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	3 0 4 19,50 G
Nordd. Bank.	10 6% 125,50 G
Nordd. Grunder.	9% 4 95,90 bzG
Oberlausitzer Bk.	2 4 47,75 B
Oest. Cred.-Actien.	6% 5 234-35
Poissner Prov.-Bank	8 2% 96 G
Pr. Bod.-Co.-Act.-B.	8 8 93,75 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9% 4 115,75 bzB
Pr. Cred.-Comm.-Anth.	12 7 121,40 bz
do. ult.	12 7 118,50-50 bz
Genossensch.-Bnk.	6 5% 91 G
Goth. Grundcrebd.	9 8 100,75 bzG
Hamb. Vereins-B.	11/9 9/4 117,25 B
Hannov. Bank.	9/4 15/4 102,90 B
Königsl.-Ver. Bank.	5% 5% 79,90 B
Ludw.-B. Kwielecki	6% 6 62 G
Leipz. Cred.-Anst.	7 4 105,80 G
Luxemburg. Bank.	9% 6% 94 B
Magdeburger do.	5% 4 101,50 G
Moingener Lds.-Bk.	3 0 4 19,50 G
Nordd. Bank.	10 6% 125,50 G
Nordd. Grunder.	9% 4 95,90 bzG
Oberlausitzer Bk.	2 4 47,75 B
Oest. Cred.-Actien.	6% 5 234-35
Poissner Prov.-Bank	8 2% 96 G
Pr. Bod.-Co.-Act.-B.	8 8 93,75 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9% 4 115,75 bzB
Pr. Cred.-Comm.-Anth.	12 7 121,40 bz
do. ult.	12 7 118,50-50 bz
Genossensch.-Bnk.	6 5% 91 G
Goth. Grundcrebd.	9 8 100,75 bzG
Hamb. Vereins-B.	11/9 9/4 117,25 B
Hannov. Bank.	9/4 15/4 102,90 B
Königsl.-Ver. Bank.	5% 5% 79,90 B
Ludw.-B. Kwielecki	6% 6 62 G
Leipz. Cred.-Anst.	7 4 105,80 G
Luxemburg. Bank.	9% 6% 94 B
Magdeburger do.	5% 4 101,50 G
Moingener Lds.-Bk.	3 0 4 19,50 G
Nordd. Bank.	10 6% 125,50 G
Nordd. Grunder.	9% 4 95,90 bzG
Oberlausitzer Bk.	2 4 47,75 B
Oest. Cred.-Actien.	6% 5 234-35
Poissner Prov.-Bank	8 2% 96 G
Pr. Bod.-Co.-Act.-B.	8 8 93,7